

Krippenverband mobilisiert die Eltern

Der Krippenverband und die Personalverbände wehren sich gegen neue Normen des Kantons, die eine höhere Zahl Kinder pro Betreuungsperson vorsehen. Gestern haben sie eine Petition mit 4600 Unterschriften eingereicht.

URS HAENNI

FREIBURG Vor anderthalb Monaten hatten der Freiburger Krippenverband sowie die Verbände der Kleinkindererzieherinnen und der Verantwortlichen der Betreuungseinrichtungen an einer Medienkonferenz informiert, welche negativen Auswirkungen neue kantonale Weisungen für Krippen nach sich ziehen würden.

Unmittelbar danach haben sich die Verantwortlichen entschieden, eine Petition zuhanden des Staatsrats zu lancieren. Gestern haben sie diese eingereicht. Innert eines Monats hat das Krippenpersonal im ganzen Kanton 4619 Unterschriften gesammelt.

«Wir sind glücklich über diesen Erfolg, gleichzeitig aber auch sehr besorgt um das Wohl der Kinder», sagte Marisa Rolle, Präsidentin des Krippenverbandes, gestern bei der Petitionsübergabe. «Vor allem



Zwei Vertreterinnen der Krippenverbände überreichen Staatskanzlerin Danielle Gagnaux (m.) die 4619 Unterschriften. Bild Charly Rappo

aber sind die Eltern besorgt. Die Petition hat deshalb grosse Symbolkraft für uns.»

Die Petition folgt auf die Vernehmlassungsantwort der drei Verbände zu den geplanten neuen Weisungen für Betreuungsstrukturen von Kindern

im Vorschulalter. Zentraler Punkt ist, dass inskünftig der Personalschlüssel auf eine erwachsene Betreuungsperson pro sieben Kinder reduziert wird; bisher war es eine Betreuerin auf sechs Kinder. Dies würde eine Situation noch ver-

schlechtern, die heute schon problematisch sei. So gelte das Betreuungsverhältnis nur für die ersten acht Stunden pro Tag. Bei Öffnungszeiten, die darüber hinausgehen, sei das Verhältnis gar nur eine erwachsene Person auf zwölf Kinder. Dazu komme, dass Auszubildende als vollwertige Betreuungspersonen angesehen werden, und auch keine Dotation für die Ausbildung einberechnet sei.

Das Freiburger Jugendamt gibt die Weisungen vor, die Finanzierung erfolgt aber hauptsächlich über die Eltern und die Gemeinden. Es liegt also an den Gemeinden, die kantonalen Normen zu übernehmen oder grosszügigere Regelungen zu gewähren.

Gemäss Marisa Rolle haben die Verantwortlichen der Petition im Januar ein Treffen mit der zuständigen Staatsrätin Anne-Claude Demierre (SP) in Aussicht.

FN 24.12.15